

Rückblick 2011: Ernüchternde Bilanz – Das Internationale Jahr der Wälder

von László Maráz

Was hat das Jahr 2011 für die Wälder gebracht? Diese Frage stellt sich am Ende eines Jahres, das die Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt hatten. Unter dem Motto »Wälder für Menschen« sollte auf vielfältige Weise die nachhaltige Bewirtschaftung, die Erhaltung und die nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen gestärkt werden. Auf internationaler Ebene koordinierte und unterstützte das Waldforum der Vereinten Nationen (UNFF) die Aktivitäten. In Deutschland hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) die Federführung und kein Geringerer als Bundespräsident Christian Wulff übernahm die Schirmherrschaft.

Bedrohte Lebensgrundlage – wachsende Ansprüche

Die Wahl der Vereinten Nationen war eine gute Entscheidung, schließlich sind Wälder nicht nur eine wichtige Lebensgrundlage für Abermillionen von Menschen. Sie haben auch eine herausragende Bedeutung für die biologische Vielfalt und ihre bloße Existenz begünstigt auf vielfältige Art und Weise das Leben auf der Erde. Man denke nur an den Schutz vor Dürre und Überschwemmungen, vor Boden- und Winderosion. Oder an die Bedeutung von Wäldern als Kohlenstoffspeicher. Weitere wertvolle Wirkungen von Wäldern sind die zahllosen Produkte wie zum Beispiel Fasern, Früchte, Wild, Baumaterial, Medizinpflanzen und Farbstoffe. Produkte, die einst abfällig als »Nichtholz«-Produkte bezeichnet wurden und heute als VIPs gelten (Very Important Products), wengleich Holz das aus kommerzieller Sicht wichtigste Waldprodukt bleiben dürfte. Schon für eine Energieversorgung vor allem in ländlichen Gebieten ärmerer Nationen ist Brennholz unverzichtbar und als nachwachsender Baustoff begehrt. Das zweitwichtigste Waldprodukt ist hingegen der Boden selbst, denn die meisten Rodungen dienen nur nebenbei der Holzernte: Viele Wälder werden für Viehweiden, Ölpalmenplantagen, Sojafelder und andere Anbauprodukte gerodet. Nicht zuletzt sind Wälder in dicht besiedelten Industrieländern wie Deutschland auch für die Erholung und den Lärmschutz wichtig.

Nach wie vor aber sind Wälder auf dem Rückzug. Der größte Teil der Urwälder wurde bereits degradiert oder zerstört und bestenfalls durch Wirtschaftsförsten oder gar durch industrielle Holzplantagen ersetzt. Auch im vergangenen Jahr dürften wieder zwischen 13 und 15 Millionen

**Wälder sind
überlebenswichtig**

**Trendwende
nicht in Sicht**

Hektar Wälder zerstört worden sein. Zu dieser sogenannten Nettoentwaldung (absoluter Flächenverlust) muss man noch mehrere Millionen Hektar Waldflächen hinzurechnen, die jährlich durch Holzeinschlag oder Brandrodung degradiert werden. Diese werden zwar weiterhin als Wald bezeichnet, sie drohen aber in der Regel völlig zu verschwinden. Riesige Kahlflächen, versteppte, degradierte und verwüstete Landschaften gibt es inzwischen genug. Vor allem die Agrarwirtschaft gilt als Hauptursache für diese Entwicklung, da wegen intensiver Übernutzung viel Ackerland verlorengeht.

**Ein neues
Holzzeitalter beginnt**

Auch im Jahr der Wälder sind die Ansprüche an den Wald weiter gestiegen und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Das liegt zwar auch an der mittlerweile auf sieben Milliarden gewachsenen Zahl der Menschen. Hauptursache für den zunehmenden Druck (nicht nur) auf die Wälder sind aber vor allem die Begehrlichkeiten einer weltweit auf Wachstum eingestellten Gesellschaft, die immer mehr Rohstoffe und Energie verbrauchen will. Am größten ist der Flächenbedarf für die Erzeugung von Futtermitteln (und damit von Fleisch), erst danach kommen die Bedürfnisse für pflanzliche Nahrungsmittel und – in noch vergleichsweise geringem Flächenumfang – für Bioenergie (Agrartreibstoffe). Doch der Druck auf die bedrohten und geschundenen Ökosysteme nimmt weiter zu. Um dem Klimawandel und der Verknappung fossiler Energieträger entgegenzuwirken, will man die Wälder noch intensiver nutzen als bisher. Wollte man alle Baustoffe durch Holz ersetzen oder unseren gesamten Energiebedarf mit Holz decken, wären die Wälder in wenigen Jahren komplett abgeholzt. Doch wir stehen vor einem neuen Holzzeitalter – denn Wälder werden als immer wichtigere Quelle für nachwachsende Rohstoffe betrachtet.

Das Internationale Jahr der Wälder – weitgehend folgenlos

**Herbe
Enttäuschung**

Das Jahr der Wälder war eine herbe Enttäuschung, trotz prominenter Fürsprecher, eines Medienaufwandes mit tausenden von Veranstaltungen, die das Thema Wald immerhin einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machten. Zwar sollte man von Medienkampagnen begrenzter Größenordnung nicht allzu viel erwarten. Dass aber nach langen Jahren der Problemanalysen, Strategieentwicklungen und Programmplanungen kaum etwas für die Rettung der Wälder unternommen wird, ist bitter. Immerhin hatten das BMELV und die forst- und umweltpolitischen Akteure in Deutschland seit 1999 ein nationales Waldprogramm unter dem Dach des UNFF auf den Weg gebracht.¹ Inzwischen gibt es eine Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt,² einen nationalen Biomasseaktionsplan³, eine Nachhaltigkeitsstrategie⁴ und nicht zuletzt die im Herbst 2011 beschlossene Waldstrategie 2020 der Bundesregierung.⁵ Viel Arbeit und Steuergelder sind in solche Prozesse geflossen. Längst liegen durchaus brauchbare und konkrete Handlungsempfehlungen vor, doch umgesetzt wird praktisch nichts.

Kein Ruhmesblatt

So ist vier Jahre nach Verabschiedung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt immer noch nicht bekannt, wie viele Wälder in Deutschland tatsächlich dauerhaft geschützt sind. Auf die Ergebnisse eines Forschungsvorhabens wird man noch etwa zwei Jahre warten müssen, weil vor allem die für die Waldbewirtschaftung zuständigen Bundesländer zögern, entsprechende Daten zu liefern. Vom Ziel, fünf Prozent der Waldfläche so zu schützen, dass sie sich natürlich entwickeln können, ist man noch weit entfernt, denn die Wälder, in denen eine forstliche (Holz-)Nutzung dauerhaft unterbleibt, dürften etwa zwischen einem und zwei Prozent liegen. Für ein hochentwickeltes Industrieland ist dies kein Ruhmesblatt. Wohlgemerkt: Im Rahmen der Zertifizierung von Agrartreibstoffen verlangen EU und Bundesregierung flächenscharfe Nachweise, um zu verhindern, dass etwa für die Produktion von Palmöl keine Naturwälder zerstört wurden. Da kann man nur hoffen, dass die zuständigen Behörden in Indonesien oder Brasilien schneller arbeiten als die Forstverwaltungen eines Landes, in dem eigentlich jeder Quadratmeter im Grundbuch erfasst ist.

**»Unsinn, unverantwortlich und unmoralisch« – Der Widerstand gegen
Waldnationalparks**

»Wälder für Menschen«: Das Motto des Internationalen Jahres der Wälder 2011 war auf vielleicht unfreiwillige Weise passend. Der Wald hat, so lautet die Botschaft, vor allem *für den Men-*

schen da zu sein. So sagte der Vorsitzende des Gemeinsamen Forstausschusses »Deutscher Kommunalwald«, Verbandsdirektor Winfried Manns (Mainz), dass mit der Waldstrategie 2020 wichtige Weichen gestellt worden seien, damit der Wald seinen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz leisten könne. Um Naturschutz im Walde zu praktizieren, seien ideologisch motivierte pauschale Waldstilllegungen wenig zielführend, Prinzipienreiterei schade an dieser Stelle.

So verstärkten auch im Jahr der Wälder viele Akteure aus Forst- und Holzwirtschaft und des Waldbesitzes ihren Widerstand gegen die Einrichtung neuer Schutzgebiete, die man gerne als »Stilllegung« oder »Nullnutzung« bezeichnet. Wider besseren Wissens wird das Schreckgespenst von Enteignung und Jobverlusten an die Wand gemalt. Ignoriert wird, dass in Schutzgebieten – außer der Holzproduktion – sämtliche anderen Wirkungen gesteigert werden und auch die bestehenden Nationalparks sogar zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben. Die verbalen Angriffe auf Umweltverbände, die im deutschen Wald neue Nationalparke fordern, nehmen zu. Holznutzung sei angewandter Klimaschutz, so lautet die vorgeschobene Begründung der Gegner von Nationalparks, und wer die Ausweisung von Schutzgebieten fordere, mache sich schuldig am Raubbau in den Tropenwäldern. Zwar forderten im Frühjahr 19 Umweltverbände in einem Offenen Brief⁶ an den Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR) und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW), in Zukunft von derartigen Behauptungen Abstand zu nehmen. Doch die Appelle blieben ohne Wirkung. So wiederholte der Präsident der AGDW, Philipp Freiherr zu Guttenberg, in seiner Rede auf dem »Tag des Waldeigentums« am 19. Oktober 2011 in Berlin seine Behauptungen und bezeichnete das Anliegen, Waldschutzgebiete einzurichten als »Unsinn, unverantwortlich und unmoralisch«.

Dabei wäre nach einer Phase jahrzehntelangen Raubbaus, Waldzerstörung und Plünderung die Schonung des Waldes mal wieder am Zuge. Dringend müsste sich die Gesellschaft für die Wälder einsetzen: Restaurierung von Viehweiden, Wiederbewaldung von Kahlfächen, Umbau von Holzmonokulturen in naturnähere Mischwälder, Sicherung der letzten wertvollen Waldökosysteme durch Schutzgebiete. Eine Jahrhundertaufgabe, die uns allen zugute käme.

Das Schreckgespenst von Enteignung und Jobverlusten

Eine Jahrhundertaufgabe

Die Waldstrategie 2020 des BMELV – auf dem Holzweg

Doch wer im Jahr der Wälder erwartet hatte, dass die Zeiten für die gefährdeten Lebensräume besser würden, wurde enttäuscht. Denn die Nutzergruppen führen ein weiteres Argument für die Steigerung der Holzproduktion ins Feld: Die Sorge um den Klimawandel und die Verknappung des Rohstoffes Holz.

Schon mit der 2004 von Renate Künast vorgelegten »Charta für Holz« hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium Maßnahmen eingeleitet, mit denen der Holzverbrauch in den folgenden zehn Jahren um 20 Prozent gesteigert werden sollte. Frei nach dem Motto »Je mehr Holz, desto besser für das Klima« stiegen die Holzeinschläge stark an, sodass vor allem im Staatswald fast der gesamte Zuwachs geerntet wurde. Zudem lag mit der zweiten Bundeswaldinventur ein Zahlenwerk vor, das einen steigenden Holzvorrat im deutschen Wald belegte. Schnell war von überalterten Beständen die Rede – bei einem Durchschnittsalter von knapp 80 Jahren eine gewagte These. Im Sommer 2008 entschloss sich das BMELV, eine Strategie zu erarbeiten, um die Rohstoffversorgung der deutschen holzverarbeitenden Industrie sicherzustellen und gleichzeitig den Verbrauch von Holzprodukten zu steigern. Ende 2008 wurde dann mit der Erarbeitung der Waldstrategie 2020 begonnen, die das BMELV als seinen Beitrag für das Internationale Jahr der Wälder präsentieren wollte.

Waldplündern für den Klimaschutz

Im stillen Kämmerlein

Umweltverbände warnten von Beginn an vor einseitigen Zielsetzungen zugunsten einer Intensivierung der Holznutzung. Man dürfe nicht gegen die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie arbeiten. Doch die Ausrichtung auf rohstoffbezogene Themen blieb bestehen. Im Sommer 2009 forderten mehrere Umweltverbände Bundesministerin Ilse Aigner auf, wichtige Problemfelder (wie etwa die wirtschaftlichen Schäden durch die überhöhten Schalenwildbestände) in die Waldstrategie zu übernehmen, zu analysieren und auf Lösungen hinzuarbeiten. Außerdem wurde angemahnt, die Akteure an der Erarbeitung zu beteiligen.

Doch das Ministerium lehnte eine Mitsprache von Umweltverbänden ab. Viele Fragen blieben unbeantwortet, einen Entwurf der Waldstrategie bekamen Umweltverbände nicht zu sehen. Als Briefe und Gespräche nicht weiterhalfen, stellte der Verfasser im Mai 2010 einen Antrag auf Akteneinsicht. Diese ist nach dem Informationsfreiheitsgesetz von allen Bundesbehörden zu ermöglichen. Das Ministerium lehnte den Antrag zunächst mit dem Verweis auf eine »Regierungstätigkeit« ab. Doch diese inzwischen häufigste Begründung für Ablehnungen solcher Anträge ist in der Mehrzahl der Fälle nicht stichhaltig. Nach Einlegen von Widerspruch, Einschaltung des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit⁷ und monatelangem Tauziehen konnte die Akteneinsicht erfolgen.

Nachhaltigkeit: Fehlanzeige

Schon bei den drei Symposien zur Waldstrategie 2020 wurde die Ausrichtung auf eine Steigerung der Holznutzung deutlich. Zuweilen hatte man den Eindruck, hier sei eine Lobbyorganisation der Holzindustrie zugange, denn wiederholt sprachen sich auch Mitarbeiter des Ministeriums vehement *gegen* die (einstimmig vom Bundeskabinett beschlossene) Ausweisung von Schutzgebieten auf fünf Prozent der Waldfläche bis 2020 aus. Das Thema Holz dominierte zwar die Argumentation, doch es war im dritten und letzten Symposium immerhin gelungen, kompetente Referenten zu gewinnen, die sich zum Beispiel für die Steigerung von Tot- bzw. Biototholzvorräten im Wald aussprachen und auch die Ausweisung von Waldschutzgebieten als wichtige walddpolitische Herausforderung empfahlen.

Ministerium als Lobbyorganisation

Umweltverbände: Wald ist kein Rohstofflager

Zu Beginn der Internationalen Grünen Woche 2011 in Berlin forderten die Umweltverbände DNR, BUND, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, NABU und WWF eine Neuausrichtung der Wald- und Jagdpolitik in Deutschland.⁸ Ausgerechnet im Internationalen Jahr der Wälder 2011 drohe Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, den Wald zum reinen Rohstofflager zu degradieren, so der Tenor der Verbände. Die Kritik bezog sich auf Aigners Entwurf der sogenannten »Waldstrategie 2020«, die 2011 von der Bundesregierung beschlossen wurde. – Die wichtigsten Forderungen aus dem Appell:

1. »Schutz und nachhaltige Nutzung« statt »Schutz durch Nutzung«

Die Waldstrategie 2020 sollte eine Strategie für den Wald sein und nicht für die Beschaffung von Rohholz. Die Waldstrategie ordnet alle Waldfunktionen der Holzproduktion unter. Der Ansatz »Schutz durch Nutzung« ist für den Wald und seine Lebensgemeinschaften als Ganzes ungeeignet, da sich beispielsweise die forstliche Nutzung des Waldes und die Bedürfnisse der auf die Alters- und Zerfallsphasen von Wäldern angewiesenen Artengemeinschaften gegenseitig ausschließen. Die Waldnutzung muss dem Grundsatz »Schutz und nachhaltige Nutzung« folgen. Diese

Verpflichtung leitet sich aus der für Deutschland völkerrechtlich verbindlichen UN-Konvention über die biologische Vielfalt ab.

2. Einordnung in internationale Verpflichtungen zum Schutz der Biodiversität

Die Ziele und Maßnahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sollten von der Bundesregierung offensiv vertreten werden, denn es handelt sich bei der NBS um die Umsetzung internationaler Verpflichtungen im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD). Dabei geht es vor allem darum, fünf Prozent der Waldflächen dauerhaft aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, die natürliche Entwicklung auf zehn Prozent der Waldfläche der öffentlichen Hand bis 2020 zuzulassen, den naturnahen Waldbau weiter zu fördern, die Biodiversitätsbelange im öffentlichen Wald vorbildlich zu berücksichtigen, klare Grundsätze einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Gesetz zu verankern, den Anteil standortheimischer Baumarten kontinuierlich zu erhöhen, den Vertragsnaturschutz im Privatwald auszubauen und bis 2020 ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Waldverjüngung und Wildbesatz herzustellen. Auf der Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention in Nagoya hat sich Deutschland außerdem verpflichtet, ►

Doch die Waldstrategie 2020 entpuppte sich zunächst nicht nur als reine Holzstrategie. Man wollte sogar für mehrere Jahrzehnte die Holzvorräte im Wald abbauen, also mehr ernten als nachwächst. Die Bäume sollen wieder früher geerntet werden und mithilfe der Forstpflanzenzüchtung und des Anbaus nicht-einheimischer Baumarten (v.a. Douglasie) sollen weitere Ertragssteigerungen erzielt werden. Durch die Offenlegung dieser Pläne gelang es, wenigstens diesen Angriff auf die Nachhaltigkeit zu verhindern. Trotzdem will man den gesamten Holzeinschlag auf 80 Millionen Festmeter pro Jahr steigern. Diese Menge ist zwar theoretisch verfügbar, aber nur, wenn man keine Rücksicht auf die biologische Vielfalt und auf die Bodenfruchtbarkeit legt. Der Wald soll zwar mehr leisten, doch ob er dazu nachhaltig in der Lage ist, das wurde in der Waldstrategie nicht ermittelt. So sind viele Waldböden von Natur aus oder wegen historischer Übernutzung so nährstoffarm, dass eine Nutzung des Ast- und Rindenmaterials und vielerorts sogar der dünneren Stammteile verboten werden müsste, denn Nährstoffe und Biomasse sind zu wertvoll, um sie als billiges Brennmaterial zu verheizen. Und bei den niedrigen Anteilen von Biotopholz von etwa 13 Festmetern pro Hektar ist der Erhalt der biologischen Vielfalt im Wirtschaftswald nicht möglich. Wenn man dann noch die zusätzlichen Waldschutzgebiete berücksichtigt, in denen die Holznutzung eingestellt werden soll, kommt man auf deutlich geringere Erntepotenziale.

Angriff auf die Nachhaltigkeit

Schonzeit für die Jagdlobby

Die um ein Vielfaches überhöhten Schalenwildbestände (vor allem Hirsche und Rehwild) bleiben auch nach dem Jahr der Wälder ein Dauerproblem. Doch das Thema Jagd wird auch in der

17 Prozent seiner terrestrischen Ökosysteme unter effektiven Schutz zu stellen und seine Wälder in einer Weise nachhaltig zu bewirtschaften, dass die biologische Vielfalt keinen Schaden nimmt.

3. Deutschlands Verantwortung für die Buchenwälder wahrnehmen

Deutschland ist ein Buchenland. Es beherbergt etwa ein Viertel des natürlichen Verbreitungsgebietes der Rotbuche. Kein anderes Land hat einen vergleichbar hohen Anteil an diesem Areal. Zahlreiche Buchenwaldtypen gibt es nur in Deutschland, im Zentrum der Verbreitung. Alte, naturnahe Buchenwälder zählen heute zu den weltweit stark bedrohten Lebensräumen. Deutschland trägt daher eine besondere globale Verantwortung für dieses weltweit einzigartige »Naturerbe Buchenwälder«. Die Waldstrategie 2020 sollte diese besondere Verantwortung ernst nehmen und den Erhalt und die großflächige Entwicklung natürlicher und naturnaher Buchenwälder in Deutschland durch geeignete Maßnahmen sicherstellen.

4. Waldnaturschutz – integrativ und segregativ

Im Waldnaturschutz ist die Situation jener Arten besonders kritisch, die an die Alterungs- und Zerfallsphasen der Waldökosysteme gebunden und auf die Erhaltung großräumiger, unzerschnittener Waldgebiete angewiesen sind. Dies belegt der bundesweit hohe Anteil der an Alt- und Totholz

gebundenen Arten in den Roten Listen. Die steigende Nachfrage im Bereich der Holzenergie und die Bestrebungen der Bundesregierung, die Hiebsätze in Deutschland durch Vorratsabbau weiter zu erhöhen, stellen eine akute Bedrohung für den Erhalt und die Förderung ökologisch wertvoller Waldstrukturen dar. Die Integration von Naturschutzelementen in den Wirtschaftswald darf nicht aufgegeben werden. Diese sind wichtig, um die Lebensraumqualität des Waldes insgesamt auf ein naturschutzfachliches Mindestniveau zu heben und damit die Wanderung und den genetischen Austausch von Arten zwischen einzelnen Biodiversitätszentren zu ermöglichen. Ebenso muss sichergestellt werden, dass neben kleinen Trittsteinbiotopen von wenigen Hektar Größe auch großräumige, unzerschnittene Waldgebiete in der Größe von mehreren hundert bis tausend Hektar dauerhaft aus der forstlichen Nutzung genommen werden. Nur in solchen Gebieten können sich Wälder mit einer echten Naturwalddynamik als »Urwälder von morgen« entwickeln. Es geht um die Stärkung des integrativen Naturschutzes auf ganzer Fläche, ergänzt um segregative Elemente, die für den Erhalt der biologischen Vielfalt von besonderer Bedeutung sind. Ein weiteres Thema, das die Waldstrategie 2020 lösungsorientiert aufgreifen sollte, ist die Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie im Wald. Hier bestehen nach Ansicht der Umweltverbände noch erhebliche Defizite. ►

**Angst vor der
Jagdlobby**

Waldstrategie 2020 mit Samthandschuhen angefasst, obwohl hier großes Potenzial liegt, denn mit angepassten (= niedrigeren) Reh- und Hirschbeständen würde sich der Wald natürlicher, artenreicher und wuchskräftiger verjüngen und auch dies würde die Holzerträge steigern. Doch die Angst vor der Jagdlobby ist zu groß und eine Bundesministerin will sich offenbar nicht mit mächtigen politischen Einflussgrößen streiten. Dabei kostet allein der Bau von Wildschutzzäunen im Wald den Steuerzahler jährlich 90 Millionen Euro.

Bedauerlich ist auch, dass selbst lang bekannte Probleme wie das Waldsterben nicht gelöst werden, obwohl auch hier die Zeit drängt (siehe hierzu den Beitrag von Helmut Klein und Hubert Weiger in diesem Kapitel, S. 191–196). Und die Bekämpfung des illegalen Holzhandels wurde auf das Jahr 2013 verschoben. Erst dann treten Regelungen in Kraft, die das Problem ein wenig entschärfen könnten. Übrigens: Die Verbände der Forstwirtschaft und des Waldbesitzes setzen sich bis heute nicht dafür ein, dass die Importe von billigem oder gar illegalem Raubbauholz unterbunden werden. Es sind dieselben Lobbygruppen, die sich gegen neue Nationalparks engagieren und darauf verweisen, dass hierdurch der Raubbau im Tropenwald steigen würde, denn irgendwo müsse das Holz ja herkommen.

Wenn das BMELV seinen Auftrag ernst nimmt, als zuständige Fachbehörde für eine nachhaltige Waldnutzung zu sorgen, darf es sich nicht als Speerspitze von Holzfirmen und Wachstumsideologen betätigen. Natürlich sollten die Potenziale für mehr Holzproduktion genutzt werden. So könnten durchaus einige tausend Hektar zusätzlicher Kurzumtriebsplantagen für mehr Holzproduktion sorgen, die, wenn sie in Agrarsteppen angelegt würden, sogar vorteilhaft für die Umwelt sein könnten. Doch dabei sind ökologische Grenzen strikt einzuhalten. An-

Das Ansinnen der Waldstrategie, Honorierungsmodelle wie Vertragsnaturschutz und Ökokonten für den Naturschutz im Privatwald zu stärken und zielgerichtet weiterzuentwickeln ist aus Sicht der Umweltverbände zu begrüßen. Dem Vertragsnaturschutz pauschal den Vorrang vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen einzuräumen ist jedoch nicht zielführend. Honorierungsmodelle können nur auf dem Ordnungsrecht aufbauen oder dieses ergänzen, sie können es aber nicht ersetzen. Entgegen den Darstellungen im Entwurf der Waldstrategie 2020 sind im Bundeswaldgesetz keine spezifischen Naturschutzstandards für die Forstwirtschaft formuliert. Damit fehlt eine bundeseinheitliche Bemessungsgrundlage für die Honorierung besonderer Naturschutzleistungen von Privatwaldbesitzern durch den Vertragsnaturschutz.

5. Zertifizierung – erheblichen Qualitätsunterschieden Rechnung tragen

Beim Thema Zertifizierung weisen die Umweltverbände darauf hin, dass wesentliche qualitative Unterschiede zwischen den Zertifizierungssystemen FSC und PEFC bestehen. Die Waldstrategie 2020 sollte sich daher dafür aussprechen, die Vorbildfunktion der Wälder in öffentlicher Hand durch die Zertifizierung nach dem anspruchsvolleren FSC-Standard nachzuweisen. Ebenso sollte die gleichrangige Bewertung der Zertifizierungssysteme im Rahmen der öffent-

lichen Beschaffung, insbesondere beim Import von Holz aus Nicht-EU-Ländern, grundlegend revidiert werden.

6. Wald und Wild – den Konflikt an der Wurzel packen

Die durch jagdliches Missmanagement verursachten Schäden für die Forstwirtschaft, den Naturschutz, den Klimaschutz und letztendlich für die gesamte Volkswirtschaft müssen dringend gelöst werden. Dies scheitert nicht nur an einem unzureichenden Gesetzesvollzug, sondern auch an den dringend zu novellierenden Jagdgesetzen von Bund und Ländern. Statt lediglich auf die unverbindliche Erarbeitung eines gemeinsamen Leitbildes für die Jagd im Wald zu verweisen, sollte die Regierung Vorschläge zur Novellierung des Bundesjagdgesetzes machen sowie die wesentlichen Gründe für den mangelnden Gesetzesvollzug in den Bundesländern analysieren und entsprechende Lösungsvorschläge unterbreiten.

7. Holz »intelligent nutzen« statt »verbrauchen«

Der nachhaltigen Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz sind Grenzen des Wachstums gesetzt. Deshalb sollte die Regierung nicht das Ziel verfolgen, den Holzverbrauch pro Kopf zu steigern, sondern ihn zu einem Instrument zur Umsetzung einer intelligenten Nutzungskaskade ►

sonsten steigt eben der Preis. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage, Marktwirtschaft – wurde uns das nicht jahrzehntlang gerade von der Wirtschaft erzählt?

Nachhaltigkeit zum Lippenbekenntnis degradiert

Die vielleicht schlimmste Entwicklung im Internationalen Jahr der Wälder aber bleibt der Angriff auf den Grundsatz der Nachhaltigkeit, auf den die deutsche Forstwirtschaft so stolz ist. Doch gerade die Verbände, die sich stets mit diesem Vermächtnis schmücken, unternahmen im vergangenen Jahr nichts, um wenigstens den Grundsatz der Mengennachhaltigkeit zu verteidigen. Vermutlich sind doch andere Interessen im Spiel, denn zu oft und zu laut war der Ruf nach Versorgung der Holzverarbeitenden Industrie mit möglichst viel und günstigem Holz. Schlimmer noch aber ist das Schweigen der Nachfolger jener Forstleute, die einst die Nachhaltigkeit entwickelt haben: Doch die Professoren der forstlichen Fakultäten, die diesen Grundsatz eigentlich so vehement verteidigen müssten wie die Ärzte ihren hippokratischen Eid, blieben stumm.

**Das Versagen
der Professoren**

Lichtblick – Alte Deutsche Buchenwälder zum Weltnaturerbe ernannt

Ein erfreuliches Ereignis aber gab es doch. Denn am 25. Juni 2011 hat das Welterbekomitee der UNESCO entschieden, die »Alten Buchenwälder Deutschlands« in die Liste des Welterbes einzuschreiben. Anfang des Jahres 2010 hat Deutschland die Aufnahme herausragender alter Buchenwälder in die prestigeträchtige Welterbeliste der UNESCO beantragt. Dabei handelt es sich um ausgewählte Waldflächen in fünf Schutzgebieten:

von Holz weiterzuentwickeln. Dann bestünde die Chance, dass die Holzlücke wesentlich geringer ausfiele als prognostiziert. Vermeintliche Lösungen wie die Erhöhung der Einschläge, verkürzte Umtriebszeiten, der verstärkte Anbau exotischer Baumarten und die tendenzielle Abkehr von der Wertholzproduktion in naturnahen Dauerwäldern können nicht Teil einer zukunftsfähigen Rohstoffpolitik sein. Das Ziel, nachhaltige Produktions- und Konsumstrukturen zu etablieren, kann nur durch eine effizientere und insgesamt sparsamere Nutzung kostbarer Rohstoffe wie Holz erreicht werden. Im Sinne einer effizienten Kreislaufwirtschaft ist der stofflichen Nutzung und dem Holzrecycling daher der Vorrang vor der energetischen Nutzung zu geben. Dafür sind gesetzliche Änderungen sowie z. B. der Abbau indirekter Subventionen für energieintensive Baustoffe notwendig.

8. Klimaschutz – deutsche Wälder müssen wieder signifikante CO₂-Senke werden

Der Wald in Deutschland war noch 1990 eine Senke für das klimawirksame Gas CO₂ in einer Größenordnung von acht Prozent der industriellen Emissionen. Diese gesellschaftliche und wirtschaftspolitisch wichtige Wirkung der Wälder ist hochgradig gefährdet: Mit den von der Bundesregierung beabsichtigten und an das Klimasekretariat gemeldeten Hiebsätzen würden die Holz- und Kohlenstoffvorräte in Deutschlands Wäldern

massiv abgebaut. Der einfache Grundsatz der forstlichen Nachhaltigkeit, nur so viel zu ernten wie nachwächst, würde damit ausgesetzt. Die dadurch verursachten CO₂-Emissionen können nur bedingt durch langlebige Holzprodukte oder durch die Substitution fossiler Energieträger kompensiert werden. Die deutschen Wälder drohen damit selbst zu Verursachern des Klimawandels zu werden. Um dies zu verhindern, muss der Hiebsatz auch in Zukunft erheblich unter dem Zuwachs liegen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Wälder wieder eine signifikante Senke für CO₂ darstellen.

Entgegen den Darstellungen im Entwurf der Waldstrategie 2020 sind die Wälder in Deutschland mit einem Durchschnittsalter von knapp 80 Jahren nicht alt, sondern noch sehr jung. Sie könnten besonders in der für den Klimaschutz entscheidenden Phase der nächsten drei Jahrzehnte durch Vorratsaufbau weiteren Kohlenstoff binden und damit das Klima entlasten. Lediglich die einschichtigen, von Fichten dominierten Altersklassenwälder im Alter von etwa 80 bis 100 Jahren auf labilen Standorten können durch Kalamitäten wie Wind oder Insektenbefall rasch zur Kohlenstoffquelle werden. Nur in diesen Beständen wäre eine vorübergehende Überschreitung des Nachhaltshiebsatzes mit dem Ziel des forcierten Waldumbaus nach Überprüfung sinnvoll.

Wertvolle Relikte

- Nationalpark Jasmund (Mecklenburg-Vorpommern)
- Serrahn im Müritz-Nationalpark (Mecklenburg-Vorpommern)
- Grumsin im UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin (Brandenburg)
- Nationalpark Hainich (Thüringen)
- Nationalpark Kellerwald-Edersee (Hessen)

Diese Gebiete repräsentieren die wertvollsten Relikte großflächiger naturbelassener Buchenwälder in Deutschland. Sie ergänzen hervorragend das seit 2007 bestehende UNESCO-Welt-naturerbe Buchenurwälder der Karpaten, mit denen die deutschen Gebiete nun eine gemein-same Stätte bilden.

Das UNESCO-Welterbeübereinkommen stellt herausragende, einmalige Natur- und Kultur-güter unter weltweiten Schutz. Nach der Fossilienfundstätte Grube Messel (eingeschrieben 1995) und dem Wattenmeer (2009) sind die Buchenwälder die dritte Weltnaturerbebestätte in Deutschland.

Energieholz – eine Therapie gegen den Klimawandel?

Holz ist als Energielieferant so begehrt wie schon lange nicht mehr. Noch nie wurde auf der Erde so viel davon verbrannt wie heute. Für viele Menschen in Entwicklungs- und Schwellen-ländern ist Holz der einzige verfügbare und bezahlbare Energieträger. Sein Verbrauch steigt aber vor allem in Industrieländern, denn Holz ist ein vergleichsweise günstiger Brennstoff und durch seine Verbrennung in Heizungen und Kraftwerken lassen sich fossile Energieträger einsparen.

Begehrter Energielieferant

Im Vergleich mit Heizöl oder Kohle ist der Einsatz von Holz klimaschonender, solange nicht zu viel Holz genutzt wird, Raubbau unterbleibt und ausreichend Holz für andere – und hier vor allem für stoffliche – Verwendungen übrig bleibt. Dass Holz aufgrund der steigenden Nachfrage teurer wird, ist ein weiterer Grund dafür, sparsam damit umzugehen.

Die energetische Holznutzung wird aber kontrovers diskutiert, denn die Verbrennung dieses nachwachsenden Rohstoffes hat nicht nur Vorteile. Holz ist schon heute ein knappes Gut, und da auch erneuerbare Rohstoffe nicht beliebig schnell nachwachsen, sind die Nutzungspoten-ziale begrenzt. In vielen Regionen ist Raubbau an Wäldern an der Tagesordnung und es werden jedes Jahr große Waldgebiete degradiert und vernichtet. Auch in unseren Wäldern wird immer mehr Holz geerntet. Dabei müssten zum Schutz der biologischen Vielfalt viel mehr Bäume und Hölzer als Biotopholz im Wald verbleiben, wo sie unzähligen Tier- und Pilzarten Nahrungs-grundlage und Lebensraum bieten. Vor allem dünnere Hölzer mit hohem Rindenanteil sowie Zweige, Blätter und Nadeln enthalten die meisten wertvollen Pflanzennährstoffe eines Baumes und gelangen normalerweise bei der Zersetzung wieder in den Waldboden. Die zunehmende Nutzung von solchem »Waldrestholz« führt an vielen Standorten zur Abnahme der Boden-fruchtbarkeit. Immerhin gerät jetzt auch dieses Problem ins Blickfeld der Experten. Mehr als die Hälfte unserer Wälder steht auf armen Standorten, in denen sich der Waldbewirtschafter nennenswerte Nährstoffentzüge nicht leisten kann. Werden zu viele Nährelemente entnommen, sinkt der Zuwachs der nachfolgenden Waldgeneration. Auf humusreichen Standorten der Al-pen droht außerdem massiver Humusabbau und die Wasserspeicherkapazität der Waldböden nimmt rapide ab.

Nutzung von »Waldrestholz« ...

... schadet der Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität

Für die Energiewende reicht es nicht, Heizöl und Kohle einfach durch Holz zu ersetzen, denn so viel Holz können unsere Wälder nicht liefern. Und beim Import solch großer Holzmengen lassen sich ökologische und soziale Probleme in den Herkunftsländern nicht ohne weiteres aus-schließen. Auch andere Länder werden diesen Rohstoff verstärkt nutzen, sei es für stoffliche oder energetische Einsatzbereiche. Die dabei erwünschten klimapolitischen Vorteile durch Er-satz energieintensiver Baustoffe oder fossiler Energieträger bestehen ja nicht nur in Deutsch-land und die örtliche und regionale Verwendung spart Transportkosten. Es gibt also genug Gründe dafür, sparsam mit Energieholz umzugehen.

Nachhaltigkeitskriterien für feste Biomasse?

In Europa wird nun darüber diskutiert, ob auch für feste Biomasse Nachhaltigkeitskriterien eingeführt werden sollen. Mit den Gesetzen zu Biokraftstoffquoten und Erneuerbaren Energien (EEG) hat der Gesetzgeber die Möglichkeit, Vorschriften über die Qualität und Herstellungs-

weise von Bioenergieträgern zu erlassen. Die Nachhaltigkeitskriterien auf europäischer und deutscher Ebene beschränken sich bisher nur auf flüssige Biomasse wie zum Beispiel Palmöl, Ethanol oder Biodiesel aus Rapsöl. Bei festen Biomasserohstoffen sind solche Kriterien noch nicht vorgeschrieben, obwohl diese in viel größeren Mengen zur Energieerzeugung beitragen als Biokraftstoffe.

Es sprechen einige Gründe dafür, die Holzverbrennung stärker zu reglementieren. Schon heute wird in Deutschland ein Viertel des gesamten Holzaufkommens direkt verheizt und fast noch einmal so viel wird nach Gebrauch energetisch genutzt (Altholz, Verarbeitungsreste). Der Holzangel macht nicht nur anderen Holzverwendern zu schaffen, sondern sorgt auch für weiteren Druck auf die Wälder. Seit Jahren nimmt der Holzeinschlag in Deutschland zu. Wenn infolgedessen größere Holzengen importiert würden, dürfte dies auch den Raubbau in Wäldern anderer Regionen fördern. Es müssten also dringend Nachhaltigkeitskriterien für den Energieholzeinsatz eingeführt werden.

Auch über den Klimaschutzbeitrag von Energieholz lässt sich trefflich streiten: Zwar wird bei der Holzverbrennung viel weniger Kohlendioxid erzeugt als beim Heizen mit Kohle oder Heizöl. Doch im Vergleich zu vielen stofflichen Nutzungspfaden schneidet es schlechter ab. Und da man Bau- und Möbelholz recyceln und am Ende ihrer Gebrauchszeit energetisch nutzen kann (»Kaskadennutzung«), sollten nur solche Hölzer verbrannt werden, für die es keine bessere Verwendungsmöglichkeit gibt. Zwar wurde bei der Novellierung des EEG die Förderung der Holzverbrennung reduziert, doch dies betrifft nur Neuanlagen und schon aufgrund seines Preisvorteils wird Holz weiterhin in großen Mengen im Ofen landen.

Frischholz als »Reststoff«

Für einen Teil der Energieholznutzung gelten übrigens heute schon die Kriterien der Nachhaltigkeitsverordnung für Biomassestrom. In Deutschland haben sechs Zellstofffabriken einen Anspruch für eine Vergütung ihrer Stromeinspeisung nach dem EEG. Darunter auch das größte deutsche Biomassekraftwerk, die Zellstofffabrik ZS Stendal, die in ihrem Werk bei Arneburg jährlich drei Millionen Festmeter Holz zu Zellstoff verarbeitet.⁹ Holz besteht zur Hälfte aus Zellstofffasern, die nicht nur dem Holz seine Zugfestigkeit verleihen, sondern auch für reißfestes Papier sorgen. Die andere Hälfte besteht vor allem aus Lignin (Holzstoff), das wie eine Art Füllstoff und Kleber wirkt, bei der Papierherstellung aber unerwünscht ist, weil es das Papier vergilben lässt (»holzfreies Papier« ist ja nur holzstofffreies Papier), was z. B. bei der Herstellung des kurzlebigen Zeitungspapiers aber nicht stört. Das Lignin gilt als Reststoff und wird verbrannt. Die Wärme und ein Teil des erzeugten Stroms werden für die Energieversorgung der Zellstofffabrik genutzt. Der übrige Strom wird ins Netz eingespeist und dies wird nach dem EEG vergütet. Weil das Lignin nach der Trennung vom Zellstoff als sogenannte Ablauge oder Schwarzlauge vorliegt und – das ist der entscheidende Punkt – beim Eintritt in die Brennkammer flüssig ist, müssen die Kriterien der Nachhaltigkeitsverordnung für Biomassestrom erfüllt sein. Da aber diese Ablauge im Sinne der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung als Reststoff aus der Zellstoffherstellung gilt und demnach im Vorfeld keine Emissionen verursacht, gilt so erzeugter Strom als emissionsfrei. Woher das Holz stammt und auf welche Weise es erzeugt wurde, spielt dabei leider keine Rolle.

Energieholz – nachwachsender Rohstoff mit begrenztem Potenzial

Holz ist inzwischen so knapp, dass für 2020 allein in Deutschland ein jährlicher Mangel von mehr als 30 Millionen Kubikmetern erwartet wird (in Europa soll diese »Deckungslücke« bei über 400 Millionen Kubikmetern liegen). Inzwischen konkurrieren Spanplattenhersteller, Papierfabrikanten und Biomassekraftwerke um die einst günstigen Holzsortimente. Die Preise steigen und darum wird immer mehr Holz aus dem Wald geholt. Sogar Äste, Reisig, Blätter und Wurzelstöcke und leider auch hohle Bäume dürfen vielerorts nicht mehr im Wald verrotten. Dort aber könnten sie zahllosen Arten als Nahrungsgrundlage und Lebensraum dienen und den Waldboden fruchtbar und durchlässig erhalten. Verbände der stofflichen Nutzung wie die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (AGR) und der Verband der Holzindustrie (VHI) kritisieren die einseitige Förderung der energetischen Holznutzung, die bestehende Nutzungskonkurrenzen verschärft. Sie fordern die Abschaffung der EEG-Vergütung für die Stromerzeugung

Holzverbrennung muss stärker reglementiert werden

»Emissionsfreier« Strom aus Zellfabriken?

Energetische Holznutzung in der Kritik

gung aus Wald- und Waldrestholz.¹⁰ Die Bundestagsfraktionen der Grünen und der SPD forderten, die Vergütung wenigstens deutlich zu verringern.

Es ist nicht sinnvoll, den Verbrauch eines knappen Gutes mit Steuergeldern zu fördern. Die viel beschworene Kaskadennutzung funktioniert nur, wenn das Holz nicht gleich verbrannt wird. Unseren Wäldern würden höhere Holzvorräte gut tun. Zum einen wächst Holz an Holz, zum anderen wird viel Biomasse für den Schutz der Biodiversität und für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit benötigt. Die Ausweitung der Schutzgebiete im Wald auf fünf Prozent der Fläche wird ebenfalls eine leichte Verknappung des Holzangebotes bewirken. Wenn wir stattdessen nicht Wälder in Skandinavien, Nordamerika und in anderen Regionen plündern wollen, bleibt nur eine Möglichkeit: Energie sparen, Papier sparen, Rohstoffverbrauch reduzieren und den nachwachsenden Rohstoff nur dann verbrennen, wenn es keine bessere Verwertungsmöglichkeit gibt. Und für die Hölzer, die verbrannt werden, müssen europaweite einheitliche und verbindliche Nachhaltigkeitsstandards geschaffen werden, damit aus der Energiewende nicht ein neues Umweltdesaster wird.

Anmerkungen

- 1 Siehe www.nwp-online.de.
- 2 www.bfn.de/0304_biodivstrategie-nationale.html.
- 3 www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Bioenergie-NachwachsendeRohstoffe/NachwachsendeRohstoffe/Biomasseaktionsplan.html.
- 4 www.bundesregierung.de/Webs/Breg/nachhaltigkeit/DE/Nationale-Nachhaltigkeitsstrategie/Nationale-Nachhaltigkeitsstrategie.html
- 5 www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2011/195-MUE-Waldstrategie.html.
- 6 www.forumue.de/index.php?id=16.
- 7 Vgl. hierzu auch 2. Tätigkeitsbericht des BfDI zur Informationsfreiheit, Nr. 2.1.1 – abrufbar unter: www.bfdi.bund.de.
- 8 Waldstrategie 2020 – Entwurf des BMELV. Stellungnahme in 10 Punkten von BUND, DNR, Forum Umwelt & Entwicklung, Greenpeace, NABU und WWF (www.forumue.de/fileadmin/userupload/publikationen/101110_waldstrategie_2020_-_10_punkte_ngos.pdf). Die folgenden Punkte sind diesem Positionspapier entnommen.
- 9 www.zellstoff-stendal.de/NumbersAndFacts.aspx.
- 10 www.rohholzverbraucher.de/sites/aktuelles_aktuelle_nachrichten.php?id=292.



László Maráz

Diplomforstwirt, Koordinator der Plattform »Nachhaltige Biomasse« und Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: maraz@forumue.de